

daß er außeretatsmäßig ist und nicht mucken darf, widrigenfalls er sofort entlassen werden kann! —

In stiller Resignation erträgt er alsdann das Unabänderliche. —

Wir wollen hoffen, daß es nur dieses einen Hinweises bedarf, um die Aufmerksamkeit des Herrn Finanz-Ministers auf diese Angelegenheit zu lenken, und die allzu fiskalischen Herren Provinzial-Steuerdirektoren mit der Weisung zur strikten Ausführung seiner Erlasse zu versehen.

In sehr zutreffender Weise verbreitet sich die „Allgemeine Beamten-Zeitung“ über das

### Unterstützungsweisen.

„Ueber das Wesen der Unterstützungen und Gratifikationen ist in den letzten Jahren viel hin- und hergestritten worden. Hieraus geht hervor, daß etwas an der Sache zu verbessern ist. Und in der That, es erscheint nothwendig. Daß das Gratifikationswesen entbehrlich ist, darüber wird man sich in leitenden Kreisen immer mehr und mehr klar. Anders liegt die Sache mit dem Unterstützungsweisen, mit welchem wir uns in Kürze beschäftigen wollen.“

Man darf nicht ohne Weiteres rathen, die Unterstützungen bei den Verwaltungen abzuschaffen. Es liegt der Einrichtung, in Noth gerathene Beamte durch Zuwendungen aus Mitteln der Verwaltung wieder aufzuhelfen, wohl ein guter Zweck zu Grunde. Denn es ist nach den heutigen Verhältnissen fast selbstverständlich, daß der Staat seine Beamten nicht so besolden kann, daß sie für alle Wechselfälle des Lebens gegen materielle Noth gesichert wären. Andererseits hat aber der Staat die moralische Verpflichtung, seine Organe vor dem Ruin zu retten. Offenbar ist aus dieser Erwägung heraus das Unterstützungsweisen geschaffen worden.

Die Fälle, wo Beamte durch Unglück in Noth gerathen, sind namentlich in den Kreisen der gering Besoldeten nicht selten. Und da muß es als eine Wohlthat gepriesen werden, wenn die Verwaltung in der Lage ist, den Bedrängten durch materielle Unterstützung beizuspringen. Es darf freilich nicht verschwiegen werden, daß diese Thatfache von einer großen Anzahl Beamten nicht genügend gewürdigt wird. Der Neid nämlich ist ein Grundübel des menschlichen Herzens. Und so beherrscht viele lediglich der blasse Neid, wenn sie über die empfangene Unterstützung eines Kameraden abfällig urtheilen. Aus solchen Urtheilen bildet sich dann bei der Menge zum Theil eine falsche Meinung, nämlich die, daß die Unterstützungen überhaupt keinen Werth hätten.

Auf der andern Seite läßt aber auch eine weitere Ursache die Zweckmäßigkeit der Unterstützungen fraglich erscheinen. Wer Gelegenheit hat, den innersten Gründen der Unterstützungsgehalte nachzuspüren, der wird auch die Ueberzeugung haben, daß ein recht ansehnlicher Prozentsatz von Gesuchen nicht eigentlich die unverschuldete Nothlage zum Grunde hat. Vielmehr handelt es sich um einen selbstverschuldeten Nothstand, oder es liegt gewinnstüchtige Absicht vor. Beide Fälle treten fast gleich häufig in die Erscheinung, sofern man tiefer in die Sache eindringt. Es gereicht das dem Beamtenstande allerdings nicht zum Ruhme. Aber auch das Beamten-  
thum kann sich nicht frei machen von menschlichen Gebrechen und Mängeln. Dabei wird man schon eine Entschuldigung gelten lassen und die Offenheit, in der wir reden, als nichts Ungehöriges bezeichnen müssen. Sofern nun Unterstützungen auf Grund von enstehenden Thatfachen von der Verwaltung bewilligt werden, was übrigens, leider, oft der Fall ist, so giebt man fast ausnahmslos der Verwaltung die Schuld und ist geneigt, deshalb das Unterstützungsweisen als zwecklos, ja selbst als ein Uebel zu bezeichnen. Treten überdies dann noch gar Einzelfälle hinzu, in denen einem wirklich Würdigen und Bedürftigen aus Irrthum, wegen ungenügender

Begründung oder wegen Mangels an Mitteln, die Bewilligung abgeschlagen wird, so greift die Verstimmung gegen die erwähnte Einrichtung um so mehr um sich.

Bei all den angeführten Anzuträglichkeiten, die das Unterstützungsweisen mit sich bringt, ist es schwer zu sagen, wie diesen abgeholfen werden könnte. Soll die Einrichtung, deren Beibehaltung von den Verwaltungen sowohl wie von den Beamten gewünscht werden muß, wirklich Segen und Nutzen bringen, so haben in erster Linie die Beamten den ureigentlichen Zweck der Unterstützungen, der oben berührt wurde, im Auge zu behalten und dementprechend nur dann um Hilfe bei den Verwaltungen nachzusuchen, wenn in der That unverschuldete Fälle die Nothlage herbeigeführt haben. Niemand soll denken, dieser und jener hat eine Unterstützung erhalten, also kannst auch Du es einmal versuchen. Das schadet dem guten Zweck und ist außerdem unehrenhaft. Wer so handelt, macht sich zum Bettler, während derjenige, der in wirklich unverschuldeter Nothlage um Hilfe bittet, bloß eine sittliche Pflicht erfüllt. Würde dieser Standpunkt gewahrt, so hätten die Verwaltungen nicht nöthig, diesem und jenem Gesuchsteller Vorhaltungen wegen unangemessener Anschaffungen und Aufwendungen zu machen, und es käme nicht vor, daß Beamte zur Begründung ihrer Gesuche Belege beibringen, welche klar und deutlich beweisen, daß der Bittsteller über seine materiellen Kräfte hinaus gewirthschaftet hat. So lange man fremde Hilfe nicht gebraucht, kann man seine Wirthschaft einrichten, wie man will — niemand hat sich darum zu kümmern. Wer indessen wünscht, daß ihm geholfen werde, der hat die unabwiesbare Pflicht, über diesen Punkt bis ins Genaueste Rechenschaft abzulegen.

Den Verwaltungen darf wohl empfohlen werden, ihre Maßnahmen mit größter Vorsicht zu treffen. Um empfindliche Härten auszuschließen, sollten sie jedes Unterstützungsge-  
such der genauesten Prüfung unterziehen lassen. Namentlich sind die Vorstände der unteren Lokalbehörden verpflichtet, mit größter Sorgfalt zu verfahren. Denn von ihnen hängt in der Regel die Entscheidung über Unterstützungsge-  
suche ab.

So wolle jeder Betheiligte nach bestem Gewissen handeln, damit das Unterstützungsweisen als eine segensvolle Einrichtung erhalten bleibe!“

— Wir müssen ja auch zugeben, daß die Unterstützungen nicht ganz aus der Welt geschafft werden können, keinesfalls dürfen dieselben aber an Stelle der Gratifikation dazu benutzt werden, um beliebige Beamte vor aus irgend welchem Grunde unbeliebten zu bevorzugen. D. Red. d. U.

### Bekannte Größen.

#### I.

Die nachfolgenden Zeilen wollen auf die Möglichkeit hinweisen, bei Controle der landwirthschaftlichen Brennereien den Dampf-Apparat und den Vormaichbottich mehr als bisher zu berücksichtigen, und hierdurch eine genauere Uebersicht des Betriebes zu erzielen; muß es angesichts der Fülle bereits ergangener Bestimmungen für fast alle übrigen Brennerei-Geräthe zwar bedenklich erscheinen, noch weitere Cauteleu herbeizuführen, so berechtigt das Ausbleiben endgültiger Ausführungsbestimmungen für die seit 1887 erlassenen Brau-  
weinsteuergesetze doch zu der Annahme von der in maßgebenden Kreisen an Boden gewinnenden Ueberzeugung, angesichts der stetigen Ausdehnung unserer Spiritus-Industrie, bei dem zunehmenden Interesse der höchsten Instanzen für rein technische Fragen, derselben durch stärkere Berücksichtigung der Letzteren — Abänderungen der bisherigen Controle-Vorschriften eintreten lassen und eine Entlastung der Verwaltung in dieser Richtung erzielen zu können. Noch verfügen wir über ein ausreichendes Beamten-  
Personal; die Zeiten sind aber nahe, in denen